

Friedhofsordnung

für den Friedhof

in Bad Sooden-Allendorf OT Hilgershausen

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Eigentum und Zweckbestimmung

1. Der Friedhof steht im Eigentum der Kirchengemeinde Hilgershausen.
2. Der Friedhof umfaßt folgende Flurstücke: Flur 6 Flurstück 86.
3. Der Friedhof dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Tod Einwohner der Gemeinde Hilgershausen waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung erfolgen.

§ 2

Friedhofsausschuß

Die Verantwortung für den Friedhof obliegt dem Friedhofsausschuß. Der Friedhofsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstands der evangelischen Kirchengemeinde, dem Ortsvorsteher und vier weiteren Mitgliedern, von denen je zwei vom Kirchenvorstand und vom Ortsbeirat bestimmt werden. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Kirchenvorstands, stellvertretender Vorsitzender ist der Ortsvorsteher.

Die Geschäftsführung und Abstimmung erfolgt nach der dieser Friedhofsordnung beigefügten „Geschäftsordnung für den Friedhofsausschuß“. Aufsichtsbehörde ist das Landeskirchenamt in Kassel. Unberührt bleibt die allgemeine Zuständigkeit der Polizeibehörde.

§ 3

Friedhofsverwaltung

1. Die aus dem Friedhofsbetrieb sich ergebenden Einnahmen fließen in die Friedhofskasse, die von der Friedhofsverwaltung verwaltet wird. Sie sind ausschließlich für Zwecke des Friedhofs zu verwenden. Die Gebührenordnung für den Friedhof wird von dem Friedhofsausschuß aufgestellt und bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamts.
2. Die Friedhofsverwaltung führt ein Grabregister der beigesetzten Verstorbenen, das, getrennt nach Einzel- und Doppelgrabstätten, mindestens die laufenden Grabnummern, den Namen, das Geburts- und Sterbedatum des Verstorbenen und den Tag der Beisetzung enthält.

§ 4

Verhalten der Friedhofsbenutzer

1. Die Benutzer haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen der mit der Aufsicht betrauten Personen (Friedhofsausschuß) ist Folge zu leisten. Wer den Anordnungen zuwider handelt, kann vom Friedhof verwiesen werden.
2. Kindern unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten, die für

etwaige durch die Kinder verursachten Schäden verantwortlich sind. Werden ältere Kinder mit der Pflege von Grabstätten beauftragt, so sind deren Eltern oder Erziehungsberechtigte für Schäden und Unfälle voll verantwortlich.

§ 5 Einzelvorschriften

Innerhalb des Friedhofes ist es nicht gestattet:

- a) die Flächen außerhalb der Wege und die Grabstätten unbefugt zu betreten, den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen,
- b) die Wege ohne besondere Erlaubnis der Friedhofsverwaltung mit motorisierten Fahrzeugen zu befahren (dieses Verbot gilt nicht für Krankenfahrstühle),
- c) Abraum abzulegen (dieser ist mitzunehmen)
- d) Druckschriften zu verteilen, Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
- e) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattungshandlung Arbeiten auszuführen,
- f) zu lärmern und zu spielen,
- g) Hunde frei laufen zu lassen; sie sind an der Leine zu führen.

§ 6 Gewerbliche Arbeiten

1. Gewerbliche Arbeiten an den Grabstellen (insbesondere Steinmetz- und gärtnerische Arbeiten) dürfen nur mit vorher erteilter Zustimmung durch die Friedhofsverwaltung und unter Beachtung der dafür bestehenden Bestimmungen ausgeführt werden. Die Zustimmung wird erst erteilt, wenn der Gewerbetreibende oder die Firma diese Friedhofsordnung durch Unterschrift als für alle Arbeiten verbindlich anerkannt hat.
2. Die Zustimmung kann versagt oder widerrufen werden, wenn ein Gewerbetreibender trotz Abmahnung gegen die bestehenden Vorschriften verstoßen hat.
3. Bei gewerblichen Arbeiten ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen.
4. Es ist den Gewerbetreibenden untersagt, ein Mitglied des Friedhofsausschusses um Hilfe zur Erlangung von Aufträgen anzugehen; hierunter fällt auch die Bitte um Mitteilung über Sterbefälle und Hinterbliebenenanschriften.

§ 7 Bestattung durch einen evangelischen Geistlichen

1. Die evangelisch kirchliche Bestattung ist eine gottesdienstliche Handlung, die der kirchlichen Ordnung unterliegt.
2. Ansprachen und musikalische Darbietungen während einer evangelisch kirchlichen Bestattung bedürfen der vorherigen Genehmigung des Pfarrers.
3. Kränze können mit kurzen Widmungsworten nach Abschluß der Bestattungsfeier niedergelegt werden.

§ 8

Andere Bestattungsfeiern und sonstige Veranstaltungen

1. Bei anderen Bestattungen und sonstigen Veranstaltungen sind Äußerungen, Lieder und Musikstücke verboten, die der Würde des Ortes widersprechen oder geeignet sind, das religiöse - insbesondere das christliche - Empfinden zu verletzen.
2. Ansprachen und musikalische Darbietungen sollen beim Vorsitzenden des Friedhofsausschusses (§2) spätestens am Tag vor der Beerdigung angemeldet werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind Bestattungen, die von einem Geistlichen geleitet werden, der Mitglied einer zur „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“ gehörenden Kirche ist. Ansprachen und musikalische Darbietungen können untersagt werden, wenn die Gefahr besteht, daß die Ansprache oder die musikalische Darbietung der Würde des Ortes widerspricht oder das religiöse Empfinden verletzt. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Vorsitzenden steht dem Betroffenen das Recht des Einspruchs zu, über den der Friedhofsausschuß zu entscheiden hat.

II. Bestattungsvorschriften

§ 9

Allgemeines

1. Die vom Standesamt ausgestellte Sterbebescheinigung (Totenschein) ist unverzüglich der Friedhofsverwaltung vorzulegen, damit Grabstelle und Bestattungstermin festgelegt werden können.
Bei einer Bestattung in einem schon vorhandenen Doppelgrab ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
2. Den Bestattungstermin legt die Friedhofsverwaltung im Einvernehmen mit den Angehörigen und dem zuständigen Pfarrer fest.

§ 10

Ruhefrist

Die Ruhefrist für Leichen und Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 11

Umbettungen

1. Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses kann die Friedhofsverwaltung Grabstätten verlegen und damit Umbettungen vornehmen. Die Leichen oder Aschenreste sind in diesen Fällen in ein anderes Grab gleicher Art umzubetten.
2. Sonstige Umbettungen bedürfen der Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Ist die Ruhefrist noch nicht abgelaufen, so wird die Umbettung von der schriftlichen Erlaubnis des Arztes und der zuständigen Ordnungsbehörde abhängig gemacht. Die Grabmale und ihr Zubehör können nur dann umgesetzt werden, wenn sie nicht gegen die Gestaltungsrichtlinien der betreffenden neuen Grababteilung verstoßen.
3. Kann der Antragsteller nicht allein über die Umbettung verfügen, so hat er die Einwilligung der anderen Berechtigten in schriftlicher Form nachzuweisen. Ferner hat der Antragsteller eine

schriftliche Verpflichtungserklärung abzugeben, daß er alle Kosten übernimmt, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten etwa entstehen.

III. Grabstätten

§ 12

Allgemeine Bestimmungen über Grabstätten

1. Die Grabstätten werden eingeteilt in:
Einzelgräber - Doppelgräber - Urnen-Einzelgräber - Urnen-Doppelgräber.
2. Die Grabstätten sind Eigentum der Kirchengemeinde (§ 1). An ihnen können nur Rechte nach dieser Ordnung erworben werden.
3. Bei Erdbeisetzungen darf in jedem Grab grundsätzlich nur eine Leiche beigesetzt werden. Es kann gestattet werden, eine Mutter mit einem gleichzeitig verstorbenen neugeborenen Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zu 5 Jahren in einem Grab zu bestatten.
4. Aschenurnen dürfen außer in Urnen-Einzelgräbern und Urnen-Doppelgräbern auch in Grabstätten für Erdbestattungen beigesetzt werden.
In einer belegten Erdgrabstätte dürfen gegen Zahlung einer Gebühr nach der Gebührenordnung auf Antrag ausnahmsweise maximal nur noch zwei Aschenurnen pro Grabstelle hinzugefügt werden - vorausgesetzt, die Gesamtnutzungsdauer von 70 Jahren wird dadurch nicht überschritten.
5. Nutzungsrechte an Grabstätten werden nur anlässlich eines Todesfalls vergeben. Das Nutzungsrecht wird durch Zahlung der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebühr erworben. Über den Erwerb des Nutzungsrechts wird eine Bescheinigung ausgestellt, die die nutzungsberechtigte Person bezeichnet. Die Übertragung des Nutzungsrechts an Dritte ist nicht zulässig. Die Friedhofsverwaltung kann jederzeit den Nachweis über den rechtmäßigen Erwerb des Nutzungsrechts verlangen.
6. Im Erbfall gilt gegenüber der Friedhofsverwaltung diejenige Person als nutzungsberechtigt, welche die Erbberechtigung nachweist. Bei Übergang des Nutzungsrechts durch Erbfall kann die erbberechtigte Person auf das Nutzungsrecht verzichten. In diesem Fall geht das Nutzungsrecht auf die nächste erbberechtigte Person des Verstorbenen über und bei mehreren gleichberechtigten Erben auf den Ältesten.
7. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte. Wird eine Grabstätte nicht den Vorschriften entsprechend angelegt (vgl. § 17, insbesondere Abs.4) oder länger als ein Jahr in der Unterhaltung vernachlässigt, so ist der Nutzungsberechtigte unter Fristsetzung zur Beseitigung der Mängel schriftlich aufzufordern. Ist der Nutzungsberechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche auf 6 Monate befristete Aufforderung. Kommt der Nutzungsberechtigte der Aufforderung nicht nach, so kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte - auf Kosten des Nutzungsberechtigten - in dem erforderlichen Umfang abräumen, einebnen und begrünen lassen. Abgeräumte Grabaufbauten fallen in die Verfügungsgewalt der Friedhofsverwaltung. Etwaige Entschädigungsansprüche an die Friedhofsverwaltung verjähren innerhalb von drei Jahren.
8. Ein Anspruch auf Verleihung und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an bestimmten Grabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung bestehen nicht.
9. Die Mindestgrabtiefe beträgt von Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m,

von Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,60 m.

10. Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 13

Erläuterung der Grabstätten

1.a) Einzelgräber

sind Grabstellen, die im Beerdigungsfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhefrist von 30 Jahren abgegeben werden.

Die Nutzungsfrist kann auf Antrag gegen Zahlung einer Gebühr nach der jeweils gültigen Gebührenordnung höchstens um weitere 30 Jahre verlängert werden.

b) Größe der Einzelgrabstätten:

für Erwachsene: Länge 2,10 m - Breite 0,90 m,

für Kinder bis zu 5 Jahren: Länge 1,50 m - Breite 0,90 m.

Die Breite des Weges zwischen den Grabreihen beträgt 1,20 m.

- c) Überschreitet bei Beisetzungen die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhefrist das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Die Gebühren richten sich auch bei Erneuerung des Nutzungsrechts nach der jeweils gültigen Gebührenordnung.

2.a) Doppelgräber

werden für bis zu zwei Grabstellen für die Dauer des Nutzungsrechts vergeben.

Das Nutzungsrecht beträgt 40 Jahre, vom Tage des Erwerbs an gerechnet. Nach Ablauf des Nutzungsrechtes kann es auf Antrag für die gesamte Doppelgrabstätte gegen Zahlung einer Gebühr nach der jeweils gültigen Gebührenordnung höchstens um weitere 30 Jahre erneuert werden.

Über das Nutzungsrecht wird eine Bescheinigung ausgestellt. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung des Verlängerungsantrages aufzufordern. Doppelgräber werden der Reihe nach abgegeben.

- b) Überschreitet bei Beisetzungen die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhefrist das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Die Gebühren richten sich auch bei Erneuerung des Nutzungsrechts nach der jeweils gültigen Gebührenordnung.
- c) Nach Erlöschen des Nutzungsrechts und nach Ablauf der Ruhefrist kann die Friedhofsverwaltung über die Grabstätte anderweitig verfügen. Dies wird den Nutzungsberechtigten mitgeteilt. Sind diese nicht mehr zu ermitteln, so ist auf das Erlöschen des Nutzungsrechts und den Ablauf der Ruhefrist durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Form hinzuweisen.
- d) In einem Doppelgrab dürfen der Nutzungsberechtigte und seine Angehörigen beigesetzt werden. Als Angehörige im Sinne dieser Ordnung gelten:
1. der Ehegatte bzw. Lebensgefährte des Nutzungsberechtigten,
 2. Verwandte auf- und absteigender Linie sowie Geschwister und Geschwisterkinder,
 3. die Ehegatten bzw. Lebensgefährten der unter 2. bezeichneten Personen.
- e) Größe der Doppelgräber: 2,10 m x 2,10 m.

3.a) Urnen-Einzelgräber

sind Grabstellen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist von 30 Jahren zur Beisetzung einer Aschenkapsel abgegeben werden. In einem Urnen-Einzelgrab kann nur eine Aschenkapsel beigesetzt werden. Die Beisetzung in Überurnen aus nicht verrotbarem Material ist in allen Gräbern des Friedhofs grundsätzlich nicht gestattet.

Für die Verlängerung der Nutzungsfrist gilt die unter 1a) aufgeführte Regelung.

b) Größe der Urnen-Einzelgräber: 1,00 m x 1,00 m.

4.a) Urnen-Doppelgräber

sind Grabstellen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 40 Jahren verliehen wird. In einem Urnen-Doppelgrab können bis zu zwei Urnen pro Grabstätte beigesetzt werden.

Für die Verlängerung der Nutzungsfrist gilt die unter 2a) aufgeführte Regelung.

b) Größe der Urnen-Doppelgräber: 1,00m x 1,00m oder 1,00m x 2,00m.

5. Es wird ein Gräberfeld zur Verfügung gestellt, in dem Urnen-Bestattungen einzeln der Reihe nach stattfinden können. Die einzelnen Grabstätten haben eine Größe von 1,00m x 1,00m. Grabeinfassungen und Grabzeichen sind nicht erlaubt. Die Friedhofsverwaltung führt ein Grabregister, in dem die Lage der jeweiligen Grabstätten verzeichnet ist. Dieses Grabregister kann eingesehen werden. Für die Pflege des Gräberfeldes ist die Friedhofsverwaltung verantwortlich.

6. Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Einzel- und Doppelgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

IV. Gestaltung der Grabstätten

§ 14

Allgemeine Gestaltungsgrundsätze und Wahlmöglichkeit

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, daß die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 15

Zustimmungserfordernis

1. Die Aufstellung oder Änderung eines Grabzeichens und der damit zusammenhängenden Anlagen ist vorher bei der Friedhofsverwaltung schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist eine Zeichnung im Maßstab 1:10 in doppelter Ausfertigung beizufügen, aus der im besonderen die Anordnung vom Schrift und Symbol auf dem Grabzeichen ersichtlich ist. Schriftdetail 1:1. Die Friedhofsverwaltung kann Modelle anfordern, sofern dies zum Verständnis notwendig ist. Die Friedhofsverwaltung kann sich bei der Beurteilung der eingereichten Zeichnungen durch befähigte anerkannte Fachkräfte beraten lassen.

2. Entspricht die Ausführung eines Grabzeichens nicht der genehmigten Zeichnung des Zustimmungsantrags, setzt der Friedhofsträger dem Nutzungsberechtigten eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabzeichens. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.

3. Die Errichtung und Veränderung aller sonstigen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

§ 16 Die Grabzeichen

1. Die Inschrift auf den Grabzeichen soll das Andenken an den Verstorbenen würdig bewahren. Inschriften, Zeichen und Sinnbilder dürfen nicht im Widerspruch zum kirchlichen Charakter des Friedhofs stehen.
2. Die Grabzeichen sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, daß sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
3. Stehende Grabzeichen bis 1,00 m Höhe erhalten ein Fundament in Form eines mindestens 1,10 m langen sogenannten Überlegers, der 0,25 m breit und 0,20 m hoch ist. Die Oberkante muß mindestens 0,10 m unter Geländehöhe liegen. Die gestampften Beton-Überleger können auch als fertige Werkteile eingebracht werden. Bei Grabzeichen über 1,00 m Höhe müssen die Maße der Fundamente so beschaffen sein, daß sich unbedingte Standsicherheit ergibt.
4. Liegende Grabzeichen werden ohne Fundament ins Erdreich eingebettet. Auf Urnengräber dürfen nur liegende Grabzeichen verlegt werden.
5. Hölzerne und metallene Grabzeichen bekommen ein Fundament, das ihrem Gewicht entspricht. Hölzerne Grabzeichen können mit dem imprägniertem Schaft in den Boden eingelassen werden.
6. Alle stehenden Grabzeichen müssen durch nichtrostende Metalldübel mit mindestens 10 mm Stärke so mit dem Fundament verbunden werden, daß die Standsicherheit gewährleistet ist. Für die Standsicherheit der Grabzeichen sind die Nutzungsberechtigten verantwortlich. Wenn die Standsicherheit eines Grabzeichens nicht mehr gewährleistet ist, kann die Friedhofsverwaltung den Nutzungsberechtigten unter Setzung einer angemessenen Frist zur Beseitigung der Gefährdung auffordern. Ist der Nutzungsberechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf der Frist oder bei Gefahr in Verzug ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die nicht standsicheren Grabzeichen zur Vermeidung von Gefahren für die Friedhofsbenutzer sachgemäß umzulegen.
7. Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, auf Aufforderung des Friedhofsausschusses nach Ablauf des Nutzungsrechtes bzw. dessen Verlängerung die Grabstätten abzuräumen. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, so veranlaßt der Friedhofsausschuß durch einen von ihm Beauftragten das Abräumen, Entsorgen, Einebnen und Eingrünen der Grabstätten. Die dabei entstehenden Kosten (Rechnung des Beauftragten) werden den Nutzungsberechtigten in Rechnung gestellt.

§ 17 Gärtnerische Gestaltung der Gräber

1. Alle Grabstätten müssen hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und zu entsorgen.
2. Die Gestaltung der Grabstätten ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, des Grabfeldes und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Für die Bepflanzung der Grabstätten sind nur solche Pflanzen zu verwenden, die andere Grabstätten oder die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

3. Für das Herrichten und Instandhalten der Grabstätten sind die jeweiligen Nutzungsberechtigten verantwortlich. Sie können die Grabstätte selbst pflegen oder einen zugelassenen Friedhofsgärtner damit beauftragen. Die Verpflichtung erlischt mit dem Ablauf des Nutzungsrechts.
4. Einzelgrabstätten sollen innerhalb von 6 Monaten nach der Belegung, Doppelgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet sein.
5. Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

V. Benutzung der Aufbahrungs- und Aussegnungsräume

§ 18

Benutzung des Aufbahrungsraumes

1. Der Aufbahrungsraum dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Er darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
2. Die Leichen der an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit Verstorbenen müssen sofort in geschlossenen Särgen eingeliefert werden. Diese dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des Gesundheitsamtes geöffnet werden.

§ 19

Trauerfeiern

1. Für die Trauerfeier steht die Friedhofskapelle oder eine vorgesehene Stelle auf dem Friedhof zur Verfügung.
2. Die Benutzung der Friedhofskapelle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

VI. Schlußvorschriften

§ 20

Alte Rechte

1. Bei Grabstätten, über die bei Inkrafttreten dieser Ordnung bereits verfügt war, richtet sich die Ruhefrist nach den Vorschriften dieser Ordnung.
2. Auf die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erworbenen Nutzungsrechte finden die Vorschriften dieser Ordnung Anwendung. Die Nutzungsrechte enden jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Ordnung. Nach Ablauf der Frist fallen die Nutzungsrechte an den Friedhofsträger zurück, falls sie nicht mit seiner Zustimmung nach Maßgabe der geltenden Gebührenordnung verlängert werden.

§ 21

Gebühren

Für die Erhebung von Gebühren ist die jeweilige Friedhofsgebührenordnung maßgebend.

§ 22
Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten alle bisher bestehenden Friedhofsordnungen außer Kraft.

Bad Sooden-Allendorf OT Hilgershausen, den 20.11.1998

Die Friedhofsverwaltung:



Dienstsiegel der
Kirchengemeinde

[Handwritten signature]

Vorsitzender
(Pfarrer)

[Handwritten signature]

stv. Vorsitzender
(Ortsvorsteher)



Dienstsiegel der
politischen Gemeinde

[Handwritten signature]

Bürgermeister

Genehmigt: Das Landeskirchenamt

Kassel, den _____



Kirchenaufsichtlich genehmigt
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Das Landeskirchenamt -

Kassel, den 11. FEB. 1999 Im Auftrag

[Handwritten signature]
Schaaf
Kirchenoberamtsrat

Geschäftsordnung für den Friedhofsausschuß

§ 1

1. Die Sitzungen des Friedhofsausschusses werden durch den Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch jährlich mindestens einmal einberufen. Eine Sitzung muß anberaumt werden, wenn es mindestens zwei Mitglieder unter Angabe des Zwecks beantragen.
2. Die Einberufung soll mindestens drei Tage vor der Sitzung schriftlich unter Angabe der Tagesordnung erfolgen.
3. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Auf Beschluß des Friedhofsausschusses kann in Einzelfällen die Öffentlichkeit zugelassen werden.
4. Jedes Mitglied des Friedhofsausschusses ist zur Verschwiegenheit über alle Gegenstände verpflichtet, die als vertraulich bezeichnet sind.
5. Beschlußfähig ist der Friedhofsausschuß, wenn die Hälfte der Mitglieder erschienen ist. Ist dies nicht der Fall, so wird zu einer zweiten Sitzung einberufen. Diese ist auf jeden Fall beschlußfähig; in der Einladung ist darauf hinzuweisen.
6. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
7. Wer am verhandelten Gegenstand persönlich beteiligt ist, darf nur auf ausdrücklichen Wunsch des Friedhofsausschusses bei der Verhandlung anwesend sein und muß sich der Stimme enthalten.

§ 2

1. Über die Beschlüsse wird eine Niederschrift in ein Verhandlungsbuch eingetragen, vorgelesen und von dem Vorsitzenden sowie mindestens zwei Mitgliedern unterschrieben.
2. Auszüge aus dem Verhandlungsbuch, die der Vorsitzende beglaubigt, bekunden die Beschlüsse nach außen.
3. Ausfertigungen unterschreibt der Vorsitzende.

§ 3

1. Dem Friedhofsausschuß obliegt insbesondere, über die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Friedhof zu wachen sowie für eine würdige Ausgestaltung und die Einhaltung der Bestimmungen der Friedhofsordnung zu sorgen. Diese Sorge hat sich auch auf die rechtzeitige Erweiterung oder Neuanlage und die würdige Herrichtung des neuen Geländes zu erstrecken.
2. Die für den Friedhofsbetrieb erforderlichen Arbeitskräfte werden von dem Friedhofsausschuß im Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand bestellt.

§ 4

1. Der Friedhofsausschuß kann die laufenden Verwaltungs- und Kassengeschäfte (Geschäftsführung) einem anderen Mitglied als dem Vorsitzenden zur Erledigung übertragen. Das geschäfts-

führende Mitglied kann sich bei der Erfüllung dieses Auftrags eines Gehilfen (Gemeinderechner, Kastenmeister) bedienen. Dieser kann zu den Sitzungen des Friedhofsausschusses mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Entscheidungen, die in Eilfällen außerhalb einer Sitzung des Friedhofsausschusses ergehen, werden von dem Vorsitzenden und dem geschäftsführenden Mitglied gemeinsam getroffen.

2. Der Kassenführer hat ein Tagebuch über die Einnahmen und Ausgaben, die sämtlich belegt sein müssen, zu führen und am Schluß jedes Haushaltsjahres der Friedhofsverwaltung eine Jahresrechnung unter Beifügung der Belege vorzulegen. Die Friedhofsverwaltung prüft die Rechnung und beschließt über die Erteilung der Entlastung des Kassenführers.

Bad Sooden-Allendorf OT Hilgershausen, den 20.11.1998

Der Friedhofsausschuß



Hilgershausen
Hilgershausen
Hilgershausen

Vorsitzender
(Pfarrer)

stv. Vorsitzender
(Ortsvorsteher)

Bürgermeister

Friedhofsgebührenordnung

für den Friedhof

in Bad Sooden-Allendorf OT Hilgershausen

I. Erwerb von Grabstätten

1. Einzelgräber (Nutzungsrecht: 30 Jahre)

a) Nutzungsgebühr

Erwachsene	300,- DM
Kinder bis zu 5 Jahren	200,- DM
Urnen-Einzelgrab	250,- DM
Urne auf einem bereits belegten Einzelgrab	200,- DM
Urne auf Gräberfeld ohne Einfassungen und Grabzeichen	300,- DM

b) Verlängerungsgebühr

Einzelgrab*	300,- DM
Kinder-Einzelgrab*	200,- DM
Urnen-Einzelgrab*	250,- DM

(* Berechnungsgrundlage: 30 Jahre)

2. Doppelgräber (Nutzungsrecht: 40 Jahre)

a) Nutzungsgebühr

Doppelgrab	800,- DM
Urnen-Doppelgrab (1,00m x 1,00m)	455,- DM
Urnen-Doppelgrab (1,00m x 2,00 m)	660,- DM
Urne auf einem bereits belegten Doppelgrab	200,- DM

Die Nutzungsgebühr ist für das gesamte Doppelgrab im Zeitpunkt des Erwerbs des Nutzungsrechts und nicht erst im Zeitpunkt der Belegung fällig.

b) Verlängerungsgebühr

Doppelgrab*	600,- DM
Urnen-Doppelgrab (1,00m x 1,00m)*	340,- DM
Urnen-Doppelgrab (1,00m x 2,00 m)*	495,- DM

(* Berechnungsgrundlage: 30 Jahre)

Überschreitet die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht (vgl. § 13, 1c, 2b, 6) der Friedhofsordnung, so ist die Verlängerungsgebühr nach der Zahl der Jahre anteilig gemäß Ziffer 1b und 2b zu berechnen und bereits vor der erneuten Belegung fällig. Diese Regelung gilt für alle Grabstätten.

